

# **Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

## **AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung**

Deutscher Bundestag  
Verteidigungsausschuss

Ausschussdrucksache  
**19(12)836**

30.10.2020 - 19/3295

5011-5

### **Antrag**

**der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages  
zum Entwurf des Einzelplans 14**

**- Einzelplan 14 -**

**- Kürzungspotenzial im Einzelplan 14 nutzen -**

### **Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:**

Der Verteidigungsausschuss stellt fest, dass der Konsolidierungsdruck angesichts der Corona-Krise einen effizienteren Umgang mit Steuergeld im Verteidigungsbereich absolut notwendig macht und im Einzelplan 14 weiterhin ein signifikantes Rationalisierungspotenzial besteht. Die Bundeswehr ist nur eines von zahlreichen Instrumenten zur Konfliktbearbeitung. Der Staat muss sich primär auf die zivile Konfliktprävention und -bearbeitung stützen. Größe, Struktur und Umfang der Bundeswehr müssen auf diese Rahmenbedingungen ausgerichtet sein. Eine grundlegende und notwendige Aufgabenkritik, die die Anforderungen an die Streitkräfte reduziert, ist möglich. Eine weitere und konsequente, kohärente europäische Integration der nationalen Streitkräfte in Europa birgt perspektivisch Einsparpotenzial. Hinsichtlich der erheblichen Steigerungen des Verteidigungsetats ist in Frage zu stellen, ob die Organisation Bundeswehr in ihrem derzeitigen Zustand Milliardenaufwüchse überhaupt absorbieren kann. Eine am Notwendigen und Möglichen orientierte Priorisierung von Beschaffungsvorhaben ist dringend geboten.

### **Begründung:**

Deutschland ist keiner unmittelbaren militärischen Bedrohung ausgesetzt. Fest in Bündnisse integriert, muss es in angemessener Weise auf die Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsbedürfnisse seiner Partner eingehen können. Die Bundeswehr muss dazu in der Lage sein, sich im Auftrag des Parlaments als ein Baustein an Missionen zur Krisenbewältigung, Friedenssicherung und Gewaltverhütung beteiligen zu können.

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen, denen sich Deutschland und seine Verbündeten ausgesetzt sehen, lassen sich nicht allein mit militärischen Mitteln lösen. Deutschland muss vor allem Instrumente zur zivilen Konfliktprävention und -bearbeitung stärken, sich für vertrauensbildende diplomatische Maßnahmen, für Rüstungskontrolle und für Abrüstungsinitiativen einsetzen.

Die Bundeswehr spielt in dem Geflecht einer zivil ausgerichteten Sicherheitspolitik eine Rolle. Es gilt jedoch das Primat der zivilen Instrumente. Größe, Struktur und Umfang der Bundeswehr müssen diesen Rahmenbedingungen entsprechen.

Die Bundesregierung hat es mit dem Weißbuch 2016 verpasst, nachhaltige und realistische Schlussfolgerungen für die Fähigkeiten der Bundeswehr zu ziehen und diese mit

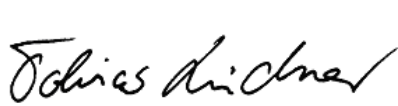
realistischen Haushalts- und Personalansätzen in Einklang zu bringen. Stattdessen hat sie proaktiv ihr eigenes Lastenheft bei der NATO vollgeschrieben, um daraus national Beschaffungen ableiten zu können. Die Zusammenarbeit europäischer Staaten schreitet voran, es ist jedoch weiterhin erhebliches Potenzial für weitere Schritte und Konsolidierung vorhanden.

Bei genauer Betrachtung entstehen erhebliche Zweifel, ob die Organisation Bundeswehr die Aufwüchse, die die Bundesregierung beschlossen hat, überhaupt absorbieren kann. Es kommt wegen verschiedenster Probleme mit großer Regelmäßigkeit zu Minderabflüssen im Beschaffungskapitel des Verteidigungsetats. Das Beschaffungswesen wurde noch nicht reformiert, veraltete Prozesse und Personallücken bestehen trotz erneuter Reformvorschläge weiterhin. Die unter der ehemaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen beschlossenen Trendwenden entfalten ihre Wirkung nicht.

Beschaffungen müssen gerade angesichts des Konsolidierungsdrucks, der bedingt durch die Corona-Pandemie auf dem gesamten Bundeshaushalt liegt endlich priorisiert werden. Durch die Aufgabe überholter Fähigkeiten wie der nuklearen Teilhabe und damit verbundenem Gerät könnten erhebliche Beträge eingespart werden.

Angesichts der Corona-Krise bedarf es national sowie international eines effizienteren Umgangs mit Steuergeld im Verteidigungsbereich. In Deutschland wird bei Rüstungsvorhaben immer noch zu viel Geld verschwendet, gleichzeitig werden die Möglichkeiten verstärkter europäischer Kooperation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur in Ansätzen genutzt.

Berlin, den 14. Oktober 2020



Dr. Tobias Lindner MdB



Katja Keul MdB



Agnieszka Brugger MdB